



Ulrike Adler, Aktionsgruppe „Mütter für Rentengerechtigkeit“ 27.11.2013

Stellungnahme zur Mütterrente im Koalitionsvertrag

Unser Ziel ist und bleibt die **volle Gleichbehandlung** aller Mütter/ Väter bei der Erziehungsrente, unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder. **Als ersten Schritt darauf hin begrüßen wir eine Aufstockung** der Erziehungsrente für Ältere auf 2 Jahre. Eine **Finanzierung** aus der Rentenkasse halten wir für falsch, weil sie die Finanzierung nicht langfristig absichert. Außerdem belastet sie einseitig nur die Versicherungsnehmer und Arbeitgeber, eine Finanzierung aus Steuermitteln ist sozial gerechter. Ein Umbau unseres Rentensystems ist langfristig geboten, um Altersarmut vorzubeugen.

1. Gründe für die Angleichung der Erziehungsrente:

2.1 Gleichbehandlung

Eine **Gleichbehandlung ALLER Mütter/ Väter unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder** ist eine Frage der Gerechtigkeit und auch der Wertschätzung der Erziehungsleistung für die Gesellschaft. Im Vergleich zu den ungleich schlechteren Bedingungen für Erwerbstätigkeit von Müttern in der alten BRD vor 1992 zu heute, müsste für vor 1992 erbrachte Erziehungsleistungen eher ein höherer Ausgleich erbracht werden als für spätere.

2.2 Generationenvertrag

Der Generationenvertrag basiert auf der Annahme, dass die arbeitsfähige Bevölkerung die Jüngeren unterstützt in Erwartung, dass diese als nachfolgende Generation später wiederum die dann nicht mehr arbeitsfähigen Alten alimentiert. Zu diesem vertikalen Ausgleich kommt noch ein vertikaler Ausgleich hinzu. Unser Rentensystem beinhaltet jedoch eine **Umverteilung von Eltern auf Kinderlose** und fördert damit indirekt das Geburtendefizit. Es gefährdet damit die Solidität der Generationenvertrages und langfristig den Bestand der gesetzlichen Rentenversicherung aufgrund Nachwuchsmangels. Derzeit überweist der Bund rund 11,6 Mrd. Euro an die Rentenkasse für Erziehungsleistungen (MM, vom 8.8.13, S. 7), die offensichtlich nicht ausschließlich dafür verwendet werden.

2.3 Altersversorgung

Dies zeigt sich deutlich in aufgegliederten Rentenzahlen, wonach eine Westdeutsche Rentnerin deutlich weniger Durchschnittsrente erhält als eine **Ostrentnerin**, der die DDR durch Elternzeit und umfassende Kinderbetreuung eine fortlaufende Erwerbsbiografie ermöglichte.

Die Statistiken zeigen auch ein deutliches Gefälle bei den Durchschnittsrenten in Abhängigkeit von der **Zahl der Kinder (aus MM 8.8.13, S. / „Brauchen Schutzschirm für Mütter“)**. Die auf fiktive, drei Rentenankennungsjahre hochgerechneten Werte zeigen eine Annäherung der Renten von Müttern an die von Frauen ohne Kindern, jedoch bleibt weiterhin ein unterdurchschnittlicher Wert der Renten für Mütter in Abhängigkeit von der Kinderzahl.

Durchschnittsrente von Frauen (bundesweit) in Euro

	0 Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 + mehr
Durchschnittsrente	864	600	524	459	418
Fiktiv mit 3 Erziehungsjahren	864	656	637	628	643

Mütter mit mehreren Kindern bekommen in der Bundesrepublik angesichts geringerer Einzahlungen bis zu rund 30 Prozent weniger Rente als kinderlose Frauen. Demnach müssen vor allem kinderreiche Seniorinnen im Westen mit stark verminderten Altersbezügen auskommen. Das geht aus den Antworten der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage der Linksfraktion hervor, berichteten 13.10.2013, 07:15 Uhr | t-online.de, dpa
Durchschnittlicher Rentenzahlbetrag 2012 für Frauen in Euro in Abhängigkeit von der **Kinderzahl**

0 Kind	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 Kinder
651,45	602,09	536,38	482,32	456,31

2.4 Altersarmut von Frauen

48% (4,1 Mio.) westdeutsche Rentnerinnen haben weniger als 450 Euro Rente im Monat und im Durchschnitt 230 Euro monatlich eigene Rente. Die Armutsschwelle wird (im MM vom 8.8.13, S. 7) mit 914 Euro angegeben. Die Kleinstrenten bekommen überwiegend Mehrfachmütter, die zumeist über die Renten ihrer Ehemänner oder Witwenrenten alimentiert werden (s. Tabelle 1 oben). Jedoch: Rund **465.000** Rentner in Deutschland waren 2012 auf **Grundsicherung** angewiesen - 6,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Vor allem Frauen aus den westdeutschen Bundesländern sind betroffen. Die Tendenz ist steigend. (SPIEGEL ONLINE - 22.10.2013 <http://www.spiegel.de/thema/altersarmut/>)

Spiegel online zu Altersarmut von Rentnerinnen: "Dabei waren es 3,3 Prozent der westdeutschen Frauen im Rentenalter, die in Westdeutschland betroffen waren, bei den westdeutschen Männern waren es 2,5 Prozent. In Ostdeutschland einschließlich Berlin lagen die Geschlechter nicht so weit auseinander. Dort bezogen 2,1 Prozent der Frauen und 1,8 Prozent der Männer Grundsicherung".

2.5 Starker Gender-Gap bei Rente

Frauen in den EU-Mitgliedsstaaten erhalten nicht nur weniger Lohn, sondern deutlich weniger Rente als Männer. Nach einer neuen Studie der EU-Kommission bekommen sie im Schnitt 39 Prozent weniger Rente. Damit ist die **geschlechtsspezifische Rentenlücke** mehr als doppelt so groß wie die Entgeltlücke. Sie liegt europaweit bei 16 Prozent. Sie ist in Deutschland mit **44 Prozent** hinter Luxemburg (47 Prozent), am größten. http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/documents/130530_pensions_en.pdf

2. Finanzierung der gleichen Erziehungsrente für alle

3.1 Zahlungen: Würden Müttern, die vor 1992 Kinder geboren haben, ebenfalls wie Müttern jüngerer Kinder drei Rentenpunkte (zu je 28 Euro im Westen) - und nicht nur eine Punkt - zugesprochen, kostete dies nach Angaben der Regierung **13 Milliarden Euro** mehr im Jahr. Nach Angaben des Arbeitsministeriums werden derzeit in **9,5 Millionen Renten Erziehungsleistungen für Kinder vor Jahrgang 1992** angerechnet. (Faz 17.07.2013 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wahlkampf-spd-entdeckt-vorliebe-fuer-hoehere-muetterrenten-12285691.html>)

3.2 Wirtschaftsförderung: Die EU kritisiert die deutschen Exportüberschüsse und fordert eine Stärkung der Binnennachfrage über höhere Niedriglöhne und Lohnsteuerentlastungen im unteren Bereich. Zusätzlich schwebt der EU-Kommission eine Anhebung der Renten und anderer Ruhestandsbezüge vor, damit sich auch diese Bevölkerungsgruppe mehr leisten kann. (Wirtschaft: Warum die EU die deutschen Überschüsse rügt | GA-Bonn 14.11.13 - <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/wirtschaft/nachrichten/Warum-die-EU-die-deutschen-Ueberschuesse-ruegt-article1195185.html#plx1025403248>)

3.3 Korrekturmöglichkeiten für Staatsfinanzierung:

- Würden Steuerbetrug, Steuerflucht und Gewinnverschiebungen in Steueroasen verhindert und Subventionen abgebaut, würde das eine erhebliche Verbesserung der Steuerkraft bringen.
- „Rentenversicherung auch für Beamte“ (GA 12.3.13) könnte das sinkende Rentenniveau durch den Altersanstieg und demografischen Wandel ausgleichen. Einbeziehung auch von Selbständigen in die allgemeine Rentenversicherungspflicht erhöht die Einnahmen der GRV. Auch das Gutachten der Wirtschaftsweisen vom November 2013 fordert, das System der Alterssicherung in Deutschland grundlegend umzubauen einschl. besserer Mütterrenten. (GA 14.11.13 Kommentar S. 2 von Holger Möhle „Mangelhaft“).
- Mit 8,7 Mrd. Euro „Aufstockergelder“ wird die Wirtschaft indirekt subventioniert. (ARD 13.5.13, 10:15 „Hungerlohn bei Luxusmarken“)
- 19 Mrd. Euro aus Steuergeldern erhalten die Kirchen in Deutschland (GA 18.2.13 „19 Milliarden Euro aus Steuergeldern“)

4. Vergleiche

2,7 Mrd. Euro wurden in 2012 in Deutschland für Spielzeug ausgegeben

4,5 Mrd. Euro wird die Korrektur der Rente ab 67 Jahre auf 63 Jahre für langjährig Versicherte kosten.

Über 300 Mrd. Euro beträgt der Bundeshaushalt 2013